



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung und  
Netzpolitik -

### Tagesordnung Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 18. Juni 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-33-0010

#### **Geschäftsstelle des Ausländerbeirats - Konsequenzen aus dem Revisionsbericht zur Fördermittelvergabe -Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 12.06.2019-**

Basierend auf Beschluss des Revisionsausschusses Nr. 0058 vom 06.06.2018 wurde Revisionsbericht Nr. 18-33-024 erstellt und in ebendiesem Ausschuss für die Beratung am 08.05.2019 zur Kenntnis gegeben. Aufgrund der Gesamtbeurteilung „Mangelhaft“ erscheinen Änderungen insbesondere bei der Fördermittelvergabe dringend angezeigt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden möge berichten:

1. Ob es bereits personelle Konsequenzen auf der Basis des Revisionsberichts Nr. 18-33-024 gegeben hat oder ob solche geplant sind? Wenn ja - welche? Wenn nein - warum nicht?
2. Wann das gewählte Gremium informiert wird bzw. den Bericht erhält.
3. Welche anderen organisatorischen Konsequenzen werden aus den im Bericht beschriebenen Missständen gezogen, insbesondere
  - a) wie die hohe Anzahl an Rückforderungstatbeständen für die Zukunft vermieden werden kann,
  - b) wie gewährleistet werden kann, dass Rückforderungen schnell und konsequent eingetrieben werden können und seltener auf das Eintreiben verzichtet werden kann,
  - c) ob es mittlerweile Vorgaben für die einheitliche und umfassende Dokumentation aller Unterlagen gibt und wenn nein - wann sie eingeführt werden.

Der Magistrat möge ferner Vorschläge unterbreiten,

4. wie ein Kontrollsystem aussehen könnte, bei dem das Vier-Augen-Prinzip gewährleistet wird. In Anbetracht der Vorgänge in der Vergangenheit erscheint ein solches System unverzichtbar.

---

#### **Antrag der FDP Fraktion vom 18.06.2019:**

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

5. wie in Zukunft eine rechtskonforme Auszahlung von Wahlkampfhilfen an für den Ausländerbeirat kandidierenden Gruppierungen sichergestellt werden kann.

---

**Beschluss Nr. 0041**

1. Der Antrag von SPD und CDU vom 12.06.2019 betr.

Geschäftsstelle des Ausländerbeirats - Konsequenzen aus dem  
Revisionsbericht zur Fördermittelvergabe

hat einschließlich des übernommenen Änderungsantrages der FDP durch die in der  
heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

2. Nach Eingang der Stellungnahme des Magistrats (Dezernat VI) zum Revisionsbericht  
kommt der Punkt erneut zum Aufruf.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2019

Beyes  
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2019

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .06.2019

1. Dezernat VI  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:  
Dezernat I/14  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende  
Oberbürgermeister